

Berlin, Donnerstag,

den 27. November 1879.

Dieses Blatt erscheint in der Woche
zweifmal.

Abonnements-Preis:

vierteljährlich für Berlin 7 M 50 Pf.,
für ganz Preussen, das übrige
Deutschland und ganz Oester-
reich 9 M.**Berliner
Börsen-Zeitung**Als Gratis-Beilagen erscheinen
ausser anderen
tabellarischen Uebersichten
eine Zusammenstellung
aller Submissionen,
Allgemeine Verloosungs-Tabellen
und Restanten-Listen.

Insertions-Gebühr:

die dreispaltige Zeile 40 Pf

Alle Post-Anstalten nehmen Bestellungen auf dieses Blatt an; für Berlin die Expedition.

Die einzelne Nummer kostet 10 Pf

Expedition der Berliner Börsen-Zeitung: Berlin W., Kronenstrasse No. 37. — Annahme der Inserate: in der Expedition.

Für den Monat **December** eröffnen wir ein **besonderes Abonnement**. Auswärts werden die Bestellungen zum Preise von 3 Mark bei allen Postanstalten, in Berlin zum Preise von 3 Mark bei allen Stadt-Postanstalten, und zum Preise von 2 Mark 50 Pfg. bei sämtlichen Zeitungs-Spediteuren, sowie in unserer Expedition, Kronenstrasse No. 37, entgegengenommen.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 26. November. (H. T. B.) Von autorisierter Seite wird versichert, dass die in neuester Zeit aufgetretenen, bereits früher wiederholt demontirten Gerüchte von schwebenden Ausgleichsverhandlungen zwischen der Preussischen Krone und dem Herzog von Cumberland jeder tatsächlichen Unterlage entbehren.

Wien, 27. November. (C. T. C.) Der Club der liberalen Partei nahm in einer von 76 Mitgliedern besuchten Versammlung mit 74 gegen 2 Stimmen einen Antrag Czediks auf zehnjährige Verlängerung des Wehr-Gesetzes mit einer auf 230,000 Mann herabgesetzten Friedensstärke an. Ein eventueller Gegenantrag auf dreijährige Gültigkeitsdauer des Wehr-Gesetzes unter Beibehaltung der bisherigen Friedensstärke wurde mit 64 Stimmen angenommen.

Wien, 27. November. (C. T. C.) Nach einer hier eingetroffenen Nachricht aus Sofia soll der Fürst Alexander die Demission des Cabinets angenommen haben.

London, 27. November, Morgens. (C. T. C.) Gladstone hielt gestern in Dalkeith eine Rede, in welcher er die Regierung wiederum wegen ihrer inneren und auswärtigen Politik auf das Heftigste angriff und sich zu Gunsten einer Autonomie Irlands in localen Fragen aussprach.

Madrid, 26. November. (C. T. C.) Der Hauptanführer der aufständischen Banden auf Cuba, Sanchez Chimenos, hat mit allen seinen Anhängern die Waffen niedergelegt und sich den Behörden gestellt. Man nimmt hier allgemein an, dass die gegenwärtige aufständische Bewegung auf Cuba überhaupt sehr wenig Aussichten auf Erfolg haben dürfte.

New-York, 26. November. (C. T. C.) Der Dampfer „Italy“ von der National-Dampfschiffs-Compagnie (C. Messing'sche Linie) ist hier eingetroffen.

New-York, 26. November. (C. T. C.) Am 28. d. soll hier ein Vertrag unterzeichnet werden, nach welchem das aus den Bankhäusern Drexel Morgan, J. S. Morgan and W. Vanderbilt gebildete Syndicat Actien der New-York-Central-Eisenbahn im Betrage von 25,000,000 \$ übernimmt und zwar 15,000,000 \$ fest mit dem Rechte der Option auf die übrigen 10,000,000 \$ zum Course von 120.

(Siehe auch am Schluss des Blattes.)

Berlin, den 27. November.

— Die heutige (14.) Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde vom Präsidenten v. Kölller um 11¼ Uhr eröffnet. Am Ministertisch: von Kameke, Bitter und mehrere Commissarien.

Tagesordnung:

I. Wahl des Präsidenten und der beiden Vice-Präsidenten für die Dauer der Session.

Auf den Antrag des Abg. Dr. Achenbach wird das bisherige Präsidium per Acclamation definitiv wiedergewählt.

Präsident v. Kölller nimmt die Wahl für sich und seine beiden Collegen mit Dank an.

II. Verteidigung derjenigen Mitglieder des Hauses, welche den Eid auf die Verfassung noch nicht geleistet haben. — Es werden 38 Mitglieder in der üblichen Weise vom Präsidenten vereidigt.

III. Erste Berathung des Entwurfs eines Ausführgesetzes zur Gebührenordnung für Rechts-

anwälte. — Der Entwurf geht an die Justiz-commission.

IV. Erste Berathung der Rechnungen der Ober-Rechnungskammer pro 1877/78

und der allgemeinen Rechnung über den Staatshaushalt des Jahres 1876. — Beide Vorlagen gehen an die Rechnungskommission.

V. Fortsetzung der Etatsberathung.

a) Etat der Verwaltung der directen Steuern.

Einnahmen 162,858,000 M., dauernde Ausgaben 9,997,000 M.

Abg. Schüll bringt bei Tit. 1 (Haussteuer) das Verfahren der Regierung in Schleswig bei dem Auseinandersetzungs-Verfahren in Betreff der stehenden Gefälle zur Sprache und erhebt gegen dieselbe den Vorwurf, dass sie bei der Entscheidung missbräuchlich verfahren sei.

Finanzminister Bitter weist diesen Vorwurf als unbegründet zurück. Die Behörden hätten nur das fiscale Recht vertreten; seien Härten vorgekommen, so würden sich dieselben mit der Zeit mildern lassen. Die Angelegenheit sei formell nach den bestehenden Gesetzen geregelt worden, wie er das aus eigener Wissenschaft constatiren könne, da er vier Jahre Präsident der Regierung in Schleswig gewesen.

Referent Abg. Kieschke beantragt Namens der Budgetcommission, die Einnahmen dieses Etats unverändert zu genehmigen.

Bei Tit. 2 (Gebäudesteuer 27,000,000 M.) nimmt Abg. Dr. Röckerath Veranlassung, darauf hinzuweisen, dass die Gebäudesteuer nach der neuen Veranlagung von 13 Millionen im Jahre 1868 in noch nicht 12 Jahren auf 27 Millionen gestiegen sei. Nach dieser neuen Veranlagung komme auf den Kopf der Bevölkerung eine Mark. Ob das volkswirtschaftlich richtig sei, das werde sowohl von der Regierung, als von dem Hause ernstlich in Erwägung gezogen werden müssen. Redner behauptet, dass bei der neuen Veranlagung nach anderen Grundsätzen verfahren worden. Es sei ganz gut gewesen, eine neue Veranlagung vorzunehmen, aber sie dürfte keinen solchen finanziellen Effect haben, wie sie tatsächlich gehabt hat.

Abg. Richter: Nach den Nachrichten, die ihm aus dem Lande über die neue Veranlagung zugegangen, sei allerdings zu wünschen, dass die in Aussicht gestellte Denkschrift recht bald dem Hause zugehen möchte. Das Centrum habe aber im Reichstage 130 Millionen neuer Steuern bewilligt, die vorzugsweise, wie die Petroleumsteuer, die ärmeren Klassen drückt, und jetzt beinahe der Abg. Röckerath drückt, dass die Besitzer zu hoch besteuert werden. Er (Redner) stehe auf dem Standpunkt, dass weder die Besitzenden noch die Besitzlosen zu hoch besteuert werden. Seine Absicht sei es vor zwei Jahren gewesen, den Termin für die Veranlagung hinauszuschieben; denn wenn auch im Allgemeinen eine höhere Gebäudesteuer gerechtfertigt gewesen sein möge, so sei doch kein Zeitpunkt ungeeigneter für eine Erhöhung gewesen, als der gegenwärtige.

Abg. Jacobs (cons.): Die Klagen über die hohe Gebäudesteuer seien für ihn nicht ein Beweis dafür, dass die Gebäudesteuer jetzt zu hoch ist, sondern nur dafür, dass diese Steuer früher zu niedrig veranschlagt gewesen. (Lachen links.) Redner verlangt dann eine Freilassung der Gebäude der Deichverbände von der Gebäudesteuer.

Abg. Rickert: Ihm seien aus seiner Heimath ebenfalls zahlreiche Beschwerden über das Veranlagungsverfahren zugegangen; die Erhöhungen der Steuer seien in der ungerechtfertigsten Weise vorgenommen worden. Auch er erklärt, dass der gegenwärtige Zeitpunkt nicht geeignet gewesen sei, eine so erhebliche Steigerung vorzunehmen. Redner richtet an die Regierung die Anfrage, ob auch in dieser Session die in Aussicht gestellte Denkschrift dem Hause zugehen werde.

Finanzminister Bitter stellt die Vorlage der Denkschrift noch im Laufe dieses Jahres in Aussicht. Es fehlten noch einige Materialien, die bis zum 15. December eingehen müssten, es werde unmittelbar darauf der Abschluss der Arbeiten er-

folgen. Es sei darauf hingewiesen worden, dass die Steuer bis auf das äusserste Maass in die Höhe geschrieben worden sei. Er selbst sei an den gegebenen Instructionen unbetheiligt, aber er könne erklären, dass er von einer so übermässigen Besteuerung kein Freund sei. (Lachen links.) Was ist darüber zu lachen? Das ist eine Erklärung, die ich mit Loyalität abgebe. Ich bin kein Freund davon, dass die Steuern in anderen, als in einer vernünftigen, loyalen, den Verhältnissen entsprechenden Weise veranlagt werden; die Veranlagung muss sich nach den Umständen, nach den Verhältnissen des Landes richten. Wenn gesagt worden, dass die jetzige Zeit die am wenigsten zur neuen Veranlagung geeignete gewesen sei, so mag das richtig sein, aber ich muss doch darauf aufmerksam machen, dass die Veranlagung nicht der Willkür der Regierung entspringen ist, sondern auf Gesetz beruht. Die frühere Veranlagung ist die Grundlage gewesen, auf der die jetzige stattgefunden hat. Es sind früher erhebliche Mängel zur Sprache gekommen und das ist der Grund, dass die Steuer erhöht worden. Zum Schluss erklärt der Minister, dass die Regierung nach wie vor bereit sei, einen Theil der Grund- und Gebäudesteuer an die Communen abzutreten, sobald die Erträge aus den Reichsteuern dies ermöglichen werden.

Abg. Berger bringt ebenfalls Beschwerden aus seiner Heimathprovinz über das Veranlagungsverfahren zur Sprache.

Abg. Windthorst-Meppen: Auch ihm seien aus der Provinz Hannover ähnliche Klagen bekannt geworden. Wenn dieselben begründet sein sollten, dann sei in der That ein energisches Einschreiten erforderlich. Er wolle aber die Gelegenheit benutzen, Herrn Richter etwas zu erwidern. Herr Richter habe es sich anscheinend zur Aufgabe gestellt, in jedem seiner Vorträge diese oder jene Bemerkung zu machen, die der Centrumsfraction unangenehm sein sollen. Er (Redner) wolle Herrn Richter in diesem Bestreben durchaus nicht alteriren, möge er nur fortfahren, aus der Tendenz werde man ja erkennen, was an der Sache ist. Herr Richter glaubt, es erschreckt uns, wenn er uns eine Regierungspartei nennt. Das erschreckt uns gar nicht. Ich wünsche nichts mehr, als wenn wir in der Lage wären, die Regierungspartei zu sein. Was an mir liegt, wird geschehen, um dies zu erreichen. Um dies zu werden, sind noch Voraussetzungen nöthig. Zunächst haben wir noch keine conservative Regierung, dass ich unbedingt auf ihrer Seite stehen könnte. Dazu gehört eine Regierung, die entschlossen ist, in voller Initiative eine Revision der Dinge eintreten zu lassen, die seit 1866 hier gemacht worden sind. Von diesem Entschlusse sehe ich noch gar nichts. Wenn Herr Richter zurückgegriffen hat auf die Bewilligungen im Reichstage, so übernehme ich die volle Verantwortlichkeit für das, was geschehen ist. Redner bestreitet, dass die bewilligten Steuern 130 Millionen betragen werden, sollte es aber der Fall sein, so würde er sehr befriedigt sein.

Abg. Dr. Miquel greift ebenfalls das Verfahren der neuen Veranlagung an. Sie sei in einer Weise vorgenommen worden, als ob eine frühere Veranlagung gar nicht vorhanden gewesen wäre. Das Gesetz schreibe nur eine Revision der Gebäudesteuer, nicht eine neue Veranlagung vor. Und eine solche habe tatsächlich stattgefunden.

Abg. Grumbrecht hält eine Revision der neuen Veranlagung für durchaus notwendig, wenn nicht die zahlreichen Beschwerden bestehen bleiben sollen.

Abg. Richter wendet sich gegen den Ausführungen Windthorst und wiederholt seine Behauptung, dass nur durch die Unterstützung des Centrums die Steuererhöhung möglich gewesen. Auf eine Entlastung der Communen werde man lange warten müssen. Nach einigen weiteren Bemerkungen der Abg. Windthorst und Röckerath wird die Discussion geschlossen und Tit. 2 bewilligt.

Bei Tit. 3 (klassificirte Einkommensteuer 31,613,000 M.) wendet sich Abg. v. Meyer (Arnsvalde) gegen die Finanzpolitik des Ministers Camphausen, der von dem Abg. Rickert in Schutz genommen wird. Er verweist namentlich